

SCHUTZ



vor Kriminalität

Nr. 4/2009

Mitgliederinformation

Berlin, November 2009

Liebe Mitglieder,

als ich neulich im Bus in die Stadt fuhr, wurde ich Zeuge eines Gespräches zwischen zwei älteren Mitbürgern, die erregt über den Mord an einem 50-jährigen Münchner sprachen, der vorbildlich Zivilcourage gezeigt hatte und ein paar angegriffenen Teenagern helfen wollte. Die Gesprächspartner forderten lautstark eine harte Bestrafung der beiden 17- und 18-jährigen Täter sowie eine Anhebung der höchstmöglichen Jugendstrafe auf 15 Jahre.

Dass die Anhebung der Strafe ein Allheilmittel ist, glaube ich nicht. Vielmehr sollte der mögliche Strafraum (zehn Jahre) in vergleichbaren Fällen konsequent ausgeschöpft werden und eine vorzeitige Entlassung aus der Haft nur die absolute Ausnahme sein.

Der Strafanspruch des Staates ist eines. Auf der anderen Seite ist aber den Bürgern in angemessener Weise im öffentlichen Raum durch Sicherheitskräfte und Polizei adäquater Schutz zu gewähren. Allein in den letzten zehn Jahren wurden in allen Bundesländern bei der Polizei etwa 10.000 Stellen gestrichen. Wie viele es bei der Bahn sind, ist mir nicht bekannt. Gespart wird offensichtlich um jeden Preis! Die Sicherheit der Bürger bleibt auf der Strecke!

Wie in früheren, vergleichbaren Fällen – diesmal besonders begünstigt durch den Bundestagswahlkampf – haben die Politiker natürlich wieder einmal die möglichen und denkbaren Konsequenzen diskutiert, die alle längst bekannt sind. Wichtig sind meiner Meinung nach doch nach wie vor die von mir bereits mehrfach dargestellten Kriterien

- Kinder müssen bereits im frühesten Alter zum normangepassten Leben erzogen und
- Stellenstreichungen bei der Polizei, beim Servicepersonal der öffentlichen Verkehrsmittel, bei der Kinderbetreuung und im Erziehungswesen müssen rückgängig gemacht werden; zumindest sollte der Bedarf gedeckt werden.

In diesem Zusammenhang fällt mir eine Aussage der Bundeskanzlerin Angela Merkel ein: „Es führt kein Weg daran vorbei, bei der Personalstärke der Polizei und der Bundespolizei zuzulegen!“

Die ISVK hat immer gewaltpräventive Projekte für Kinder und Jugendliche an hervorragender Stelle unterstützt und wird es im Rahmen des Möglichen weiter tun. Anlässlich des „Berliner Präventionspreises 2009“ habe ich den ISVK-Sonderpreis an die DENKZEIT-Gesellschaft e. V. übergeben, die Trainings für aggressiv-auffällige Schüler durchführt.

Für das vor uns liegende Weihnachtsfest wünsche ich Ihnen und Ihren Familien alles Gute – und der ISVK, wie schon im Vorjahr, sie möge von der Justiz wieder mit Bußgeldzuweisungen bedacht werden, mit denen wir gewaltpräventive Projekte fördern können. Kommen Sie gut in das Jahr 2010!

Ihr



Gert Wildenhein



Vorbeugung

Sicherheitsfachwirt (FH) Frank D. Stolt, MSc, MA, Mannheim

NEUE IMPULSE DURCH ENGAGEMENT FÜR KRIMINALPRÄVENTIVE MASSNAHMEN IM STÄDTEBAU

Schon seit einigen Jahren befinden sich Städte und Dörfer in Deutschland in einem strukturellen Umbruch. Dabei werden zahlreiche Veränderungen vorausgesagt, so beispielsweise die Trends der demografischen Alterung, der wachsenden ethnisch-kulturellen Vielfalt der Bevölkerung sowie des Wegzugs aus bestimmten Wohngebieten beziehungsweise des fehlenden Zuzugs dorthin, was zum massiven Rückgang der Bevölkerung in diesen Gebieten führen wird. Mit diesem Prozess und der damit verbundenen Abnahme informeller Sozialkontrollen geht auch ein Anstieg von Straftaten einher, der bei der Bevölkerung ein Gefühl von Angst erzeugt. Daher werden diese Entwicklungen Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden haben, weshalb die Bedeutung des Themas Sicherheit in den Städten auch bei uns wächst.

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit den Zusammenhängen von Kriminalität und Städtebau. Er soll insbesondere die Probleme aufzeigen, die durch die Stadtplanung und Wohnraumarchitektur entstanden sind. Die Suche nach Erklärungsansätzen und Präventionsmöglichkeiten sollte verstärkt auch Aufgabe der Arbeit der IVSK sein. Der Beitrag soll als Signal verstanden werden, Sicherheit fördernde Aspekte der Stadtplanung und der Wohnungsbewirtschaftung künftig stärker als Präventionsansätze zu berücksichtigen.

Dazu soll in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz als Projekt der ISVK im Rhein-Neckar-Gebiet (Mannheim, Heidelberg, Ludwigshafen) ein Forum für den Informationsaustausch angeboten werden, das alle Akteurinnen und Akteure der Stadtplanung, der Architektur, der Landschaftsplanung und der Wohnungswirtschaft aus Städten, Gemeinden, Kreisen und freien Planungsbüros sowie die Polizei einbezieht. Sein Ziel ist die modellhafte Initiierung eines nachhaltigen Kooperationsprozesses unter diesen Beteiligten, um Sicherheit zu fördern und Kriminalität vorbeugende Kriterien in der städtebaulichen Planung sowie in der Erneuerung und Bewirtschaftung von Wohnungsbeständen noch stärker zu verankern.

Das Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit zählt zu den Grundbedürfnissen, es hat für das Wohlbefinden und die Lebensqualität des Einzelnen eine große Bedeutung. Kriminalitätsfurcht kann die Lebensqualität erheblich beeinträchtigen, wenn sie zu einem allmählichen Rückzug aus dem öffentlichen Leben führt und damit Entfaltungs- und Lebensgestaltungsmöglichkeiten einschränkt. Sicherheit im Wohnumfeld muss für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen gewährleistet sein und darf nicht zu einer Frage des Geldbeutels werden.

Vor dem Hintergrund sinkender kommunaler Einnahmen und schrumpfender Einwohnerzahlen mit ihren Begleiterscheinungen – Schließung von Geschäften, Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen sowie schleichende Verwahrlosung des öffentlichen Raums – gewinnt der Aspekt der Sicherheit für die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden zunehmend an Bedeutung. Wohnquartiere, die auf Grund des demografischen Wandels ihre Versorgungsfunktionen einbüßen, verlieren an Vitalität und sehen sich tendenziell dem Verfall preisgegeben, dem es mit vereinten Kräften entgegenzutreten gilt. Aber auch in wachsenden Gemeinden und Stadtteilen verdient der Sicherheitsaspekt Beachtung, damit beim Neubau nicht Fehler der Vergangenheit wiederholt werden.

Fragen der Sicherheit gewinnen schließlich auch in Wohngebieten an Bedeutung, in denen durch soziale Entmischung als Folge sinkender Nachfrage auf einem entspannten Wohnungsmarkt aus ehemals sozial stabilen Quartieren problembelastete „Brennpunkte“ zu werden drohen, die unter den Folgen dieser Stigmatisierung leiden.

Als besonders gefährlich gelten Wohnprojekte aus Wohnhochhäusern mit über sieben Stockwerken, wobei die Gebäude oftmals willkürlich auf einem weiträumigen Gelände verteilt und nicht sinnvoll angeordnet zu sein scheinen; die Flächen um die Häuser herum sind weder an diese gebunden noch

Impressum „Schutz vor Kriminalität“ – Mitgliederinformation der ISVK
Eigendruck im Selbstverlag – Redaktion: KD a. D. Winfried Roll
Initiative Schutz vor Kriminalität (ISVK) e. V.
Gallwitzallee 85 (Eingang Eiswaldstraße 2), 12249 Berlin
Telefon/Telefax: 030 2473548 – E-Mail: post@isvk.de – Internet: www.isvk.de

sinnvoll genutzt. Unübersichtliche Flure und Treppenhäuser, Aufzüge, die für jedermann zugänglich und meist offen sind, sowie offene oder leicht zu öffnende Eingänge laden geradezu dazu ein, Straftaten zu begehen.

Anonymität, Pflichtvergessenheit und Mangel an Territorialitätssinn werden in solchen Großwohnanlagen gefördert; denn der öffentliche Raum der Straßen und Plätze geht hier häufig nahtlos in private Wohneinheiten über. Flure, Korridore und Aufzüge werden nicht als halböffentliche beziehungsweise halbprivate Zugangs- und Durchgangszonen betrachtet, die nur für die Bewohner, ihre Freunde oder sonstige Berechtigte bestimmt sind. Zudem wohnen in solchen Gebäuden meist sozial schwache Menschen, die einerseits selbst anfällig für delinquentes Verhalten sein mögen, andererseits aber auch leichter und häufiger Opfer werden. Aus solchen Familien kommen die meisten Tatverdächtigen.

Die Beziehung zwischen dem Raum – also dem Wohnumfeld, dem Wohnviertel und dem Wohngebiet mit den jeweiligen sozialen Strukturen – und der Entstehung von Kriminalität war Gegenstand verschiedener kriminologischer Analysen im kommunalen und regionalen Bereich. Der Forschungsansatz lag in der Betrachtung der qualitativen Veränderung der städtischen Siedlungsstrukturen in den 1960-er und 1970-er Jahren.

Viele Untersuchungen haben einen Zusammenhang zwischen Kriminalität und der Art der Bebauung festgestellt. Zwar lassen sich – wie so häufig in der Kriminologie – keine monokausalen Zusammenhänge erkennen, jedoch hat die Baustruktur der Wohnumwelt Einfluss auf Faktoren wie etwa Opferfurcht, Tatgelegheitsstruktur, Grad des Entdeckungsrisikos oder auch auf die Kommunikation von Menschen. Dies wirkt auf die Menschen, die in dieser Umwelt leben, und setzt gerade für den Sozialisationsprozess junger Menschen entscheidende Rahmenbedingungen.

1973 erschien Oscar Newmans bekanntes Buch „Defensible Space, Crime Prevention Through Urban Design“; seine Arbeit wurde vom National Institute of Law Enforcement and Criminal Justice des US-Justizministeriums finanziert. Seither werden Ortsplanung und Städtebau, Gebäudeplanung und Wohnbau auch aus diesem Blickwinkel betrachtet – und das nicht nur in den USA.

Der Ausschuss der Regionen der Europäischen Union beschloss im Oktober 2000 in Szczecin (Stettin), Polen, das Europäische Komitee für Normung (CEN) mit der Frage der Sicherheit und Prävention von Kriminalität durch Städtebau und Gebäudeplanung zu befassen. Diesem Beschluss schlossen sich auch die EU-Justizminister anlässlich einer Tagung in Sundsvall, Schweden, an. Das CEN hat in Folge eine Normungsinitiative zu „Prevention of Crime“ ins Leben gerufen und dazu ein Technisches Komitee (TC) eingerichtet. Derzeit liegen drei Dokumente zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung vor:

- ENV 14383-2 Teil 2: Stadtplanung
- CEN/TS 14383-3 Teil 3: Wohnungen
- CEN/TS 14383-4 Teil 4: Laden und Bürogebäude



Ab Mitte der 1990-er Jahre kam es in Deutschland im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention auch zu einer „Renaissance“ des Themenkomplexes „Städtebau und Kriminalprävention“ (Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz 2002; Niedersächsisches Innenministerium 2002; Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes 2003; Landeskriminalamt Baden-Württemberg 2004).

Den Bezugspunkt kriminalpräventiver Maßnahmen bildet jedoch nicht allein das objektive kriminelle Geschehen, sondern zunehmend auch die subjektive Wahrnehmung von Kriminalität oder Kriminalitätsfurcht. Nach einer in der Kriminologie inzwischen etablierten Auffassung korrelieren beide nicht zwingend miteinander: Die tatsächliche Kriminalität in einem Gebiet sagt noch nichts über das Ausmaß der Kriminalitätsfurcht der dort Wohnenden aus – und umgekehrt. Das Risiko der Viktimisierung (Opferwerdung) wird nicht nur durch die Anzahl tatsächlich verübter Straftaten bestimmt, sondern auch durch das subjektive Empfinden von Verbrechensfurcht bei den Bewohnern.

Wie zusammenfassend festzustellen ist, besteht in Bezug auf Kriminalität durchaus ein Zusammenhang zwischen Städtebau und Wohnhausarchitektur, der einen nicht geringen Ausschlag für die Kriminalitätsbelastung eines Stadtgebietes hat. Allerdings darf nicht außer Acht gelassen werden: Eine Vielzahl weiterer Faktoren spielen für die Belastung mit Straftaten ebenfalls eine große Rolle. Trotzdem ist der Präventionsgedanke im Städtebau in der allgemeinen Kriminalitätsvorbeugung bei der Po-

lizei relativ neu, obwohl Kriminologen diese Art der Prävention seit längerer Zeit fordern. Der städtebauliche Ansatz bietet eine breite Palette erfolgversprechender Maßnahmen. Kommunale Kriminalprävention und Stadtplanung bilden ein Begriffspaar, das in der Fachliteratur lange kaum wahrzunehmen war.

Steigende Kriminalität und besonders Kriminalitätsfurcht tragen dazu bei, dass bei der Suche nach Vorbeugungsmöglichkeiten die räumliche Gestaltung unseres Umfeldes als ein Faktor unter vielen an Bedeutung gewinnt. Mit der städtebaulichen Prävention werden verantwortlichen Stadtplanern und Architekten der Kommunen und der freien Wirtschaft Empfehlungen und Vorschläge der Polizei zu Kriminalität mindernden Maßnahmen unterbreitet.

Der Autor, Frank D. Stolt, ist unser Regionalbeauftragter für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Projektförderung

BERLINER PRÄVENTIONSPREIS 2009 VERGEBEN – SONDERPREIS DER ISVK FÜR DIE DENKZEIT-GESELLSCHAFT E. V.

Staatssekretär Thomas Härtel, Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, vergab am 10. November 2009 auf dem 10. Berliner Präventionstag im Willy-Brandt-Saal des Rathauses Schöneberg den diesjährigen Berliner Präventionspreis. Der mit 12.500 € dotierte Preis wurde auf die Paul-Braune-Schule in Berlin-Lichterfelde-West (1. Preis, 5.000 €), den Verein Kinder- und Jugendzirkus CABUWAZI in Berlin-Treptow (2. Preis, 4.000 €) und die Volkssolidarität, Landesverband Berlin (3. Preis, 3.500 €) verteilt. Die drei gesponserten Sonderpreise gingen an die DENKZEIT-Gesellschaft (1.500 € von der ISVK), das Muslimische Seelsorgetelefon (1.000 € von der SECURITAS KG) und die Herman-Nohl-Schule in Berlin-Neukölln (1.000 € von der Unfallkasse Berlin).



Die Projektverantwortlichen der DENKZEIT-Gesellschaft, Prof. Dr. Jürgen Körner (l.) und Dipl.-Sozialpädagogin Rebecca Friedmann (2. v. l.), freuen sich über den Sonderpreis der ISVK zum Berliner Präventionspreis, den Staatssekretär Thomas Härtel (2. v. r.) und der ISVK-Vorsitzende Gert Wildenhein (r.) überreichen. Foto: ISVK

In diesem Jahr hatten sich lediglich 14 Projekte um den Berliner Präventionspreis beworben, was wohl hauptsächlich auf das anspruchsvolle Thema „Evaluation und Qualitätsentwicklung in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention“ zurückzuführen war, das die Landeskommision Berlin gegen Gewalt in ihrer Ausschreibung vorgegeben hatte.

Die Jury, der erstmals auch unser 1. Stellvertreter des Vorsitzenden, Prof. Heinz Jankowiak, angehörte, musste immer noch mehr als Hälfte der eingereichten Projekte als nicht oder nur eingeschränkt geeignet bewerten, weil sie dem hohen Anspruch der Themenstellung nicht genügten.

Mit dem 1. Preis wurde das Projekt „Förderung des sozialen Miteinanders als präventive Maßnahme zur Vermeidung von Gewalt“ der Paul-Braune-Schule in Berlin-Lichterfelde-West ausgezeichnet. Es überzeugte die Jury durch seine lang-

fristige Anlage, seine Zielgruppengenauigkeit, die Einbindung von Kooperationspartnern und nicht zuletzt durch seine nachgewiesenen ersten Erfolge bei einer problematischen Schülerschaft, die zu 65 Prozent als verhaltensauffällig und zu 70 Prozent als sozial benachteiligt gilt.



Den 2. Preis erhielt Europas größter Kinder- und Jugendzirkus CABUWAZI, dessen exotisch klingender Name 1994 vom damaligen Berliner Senator für Jugend und Familie, Thomas Krüger, aus „Chaotisch bunter Wanderzirkus“ geprägt wurde. Die Jury würdigte damit das Projekt „Zirkusspiele – Toleranzerziehung von klein an“ für vier- bis sechsjährige Kinder, die auf der Verleihungsfeier eine Probe ihres akrobatischen Könnens boten. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Gesundheit wissenschaftlich begleitet und von der Alice-Salomon-Fachhochschule evaluiert.

Der 3. Preis ging an das täterorientierte Projekt „Beratung für Männer – gegen Gewalt“ der Volkssolidarität, Landesverband Berlin, das seit zehn Jahren mit heranwachsenden und erwachsenen Männern durchgeführt wird, die gegen ihre Partnerin gewalttätig werden oder geworden sind. Hier zeigte sich die Jury insbesondere von der umfassenden Kooperation mit zahlreichen Partnern (Justiz, Polizei, Jugendamt, Kinder- und Jugendhilfe, Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte, BIG e.V.) sowie von der wissenschaftlich anspruchsvollen Evaluation durch die Universität Osnabrück beeindruckt.



Die Wahl der Jury zur Auszeichnung mit dem Sonderpreis der ISVK fiel übereinstimmend auf das Projekt „Denkzeit-Training für aggressiv-auffällige Schüler“ der DENKZEIT-Gesellschaft, Berlin-Dahlem. Es wendet sich an 12- bis 16-Jährige, bei denen weniger eingriffsintensive Maßnahmen nicht gegriffen haben, um eine drohende delinquente „Karriere“ noch vor ernstlichen Sanktionen durch die Schule oder gar den Jugendrichter abzuwenden.



Der von Prof. Dr. Jürgen Körner, Freie Universität Berlin, und Dipl.-Sozialpädagogin Rebecca Friedmann entwickelte neue methodische Ansatz pädagogischer Arbeit mit delinquenten Jugendlichen unterscheidet sich von herkömmlichen Formen sozialer Arbeit. Das Denkzeit-Training ist ein Einzelverfahren, in dem ein ausgebildeter Pädagoge („Trainer“) und ein Jugendlicher ein Lernprogramm durcharbeiten, das in seinen einzelnen Schritten, seinen Inhalten, Zielen und didaktischen Mitteln als Manual vorliegt. Das Training fördert kognitive Kompetenzen, die sich in der Forschung als Schutzfaktoren gegen Delinquenz erwiesen haben: Die Fähigkeiten, schwierige Konfliktsituationen zu analysieren, sich in andere Menschen hineinzusetzen, moralisch zu urteilen, eigene Affekte zu kontrollieren und die Folgen eigenen Handelns im Voraus zu bedenken.

Mehrfach begleitende Forschung bestätigte schon 2005 die besondere Wirksamkeit dieser „sozial-kognitiven“ Methode bei der Reduktion der Rückfallhäufigkeit im Vergleich zur Einzelbetreuung durch die Bewährungshilfe und zu sozialen Trainingskursen Freier Träger. Das jetzt mit dem ISVK-Sonderpreis ausgezeichnete „Schülerprojekt“ ist eine Fortentwicklung dieses Ansatzes zur frühzeitigen Abwendung des „Einstiegs“ in eine kriminelle „Karriere“.

Mehrfach begleitende Forschung bestätigte schon 2005 die besondere Wirksamkeit dieser „sozial-kognitiven“ Methode bei der Reduktion der Rückfallhäufigkeit im Vergleich zur Einzelbetreuung durch die Bewährungshilfe und zu sozialen Trainingskursen Freier Träger. Das jetzt mit dem ISVK-Sonderpreis ausgezeichnete „Schülerprojekt“ ist eine Fortentwicklung dieses Ansatzes zur frühzeitigen Abwendung des „Einstiegs“ in eine kriminelle „Karriere“.

Das prämierte Projekt passe daher hervorragend zur Zielsetzung unserer ISVK, hob der Vorsitzende, Gert Wildenhein, in seiner kurzen Laudatio hervor: „Wir wollen, dass Straftaten verhindert werden!“ Seine weiteren Ausführungen über die Finanzierung unserer Arbeit vor allem aus der Zuweisung von Zahlungsaufgaben („Bußgeldern“) durch die Justiz und sein „Seitenhieb“ auf die Berliner Justiz, die uns seit Jahren nichts zugewiesen habe, erreichten die eigentliche Adressatin leider nicht: Die ursprünglich für die Preisverleihung vorgesehene Berliner Senatorin für Justiz, Gisela von der Aue, musste just an diesem Tage die Landesregierung bei der Entgegennahme der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Deutschen Bundestag vertreten.



In seinen Dankesworten ließ auch Prof. Dr. Körner finanzielle Sorgen durchblicken, weil die Mittel der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung für Denkzeit-Trainings auch nicht dauerhaft gewährleistet sind; insofern bot der Sonderpreis der ISVK einen willkommenen Zuschuss zur Fortführung dieser erfolgreichen Arbeit.

Die Projektverantwortliche Rebecca Friedmann bedankte sich für die unterdessen ausgereichte Förderung noch einmal mit zwei handsignierten Exemplaren des Buches „DENKZEIT für delinquente Jugendliche“, in dem Theorie und Methode des Trainings an einer Fallgeschichte umfassend dargestellt sind. Das Buch (220 Seiten, ISBN 3-7841-1603-5) ist 2005 im Lambertus-Verlag, Freiburg im Breisgau, erschienen und für 18,00 € im Buchhandel erhältlich.

Verein

MITGLIEDERZAHL UND BEITRAGSAUFKOMMEN RÜCKLÄUFIG, KEINE ZUWEISUNGEN VON ZAHLUNGS AUFLAGEN DER JUSTIZ

Seit unserer letzten Meldung zum Mitgliederbestand (Mitgliederinformation Nr. 3/2009) hat sich die Situation leider nicht verbessert – eher im Gegenteil: Während wir im August dieses Jahres immerhin 185 Mitglieder zählten, werden wir infolge dreier Austritte und eines Todesfalles mit nur noch 181 Mitgliedern in das neue Jahr 2010 gehen. Da zudem eines unserer Mitglieder in diesem Jahr seinen bisherigen großzügigen Beitrag auf das Minimum reduzieren musste und Zuweisungen von Zahlungsaufgaben der Justiz praktisch gänzlich ausgeblieben sind, steuern wir weiter auf die völlige Einstellung unserer Fördertätigkeit zu.

Wir wiederholen daher an dieser Stelle noch einmal unseren dringenden Appell, im Kollegen-, Freundes- oder Verwandtenkreis neue Mitglieder zu werben! Jeder, dem die Arbeit unserer ISVK wirklich am Herzen liegt, sollte sich für diese kleine Mühe nicht zu schade sein, zumal der Mindestbeitrag von fünf Euro im Quartal kein ernsthaftes Hemmnis darstellen sollte. Beitrittserklärungen sind von der Geschäftsstelle (Anschrift im Impressum) zu beziehen oder unter www.isvk.de im Serviceteil unseres Internetauftritts als PDF-Datei herunterzuladen.

ISVK-GESCHÄFTSSTELLE IM „EIGENEN“ HAUS

Wie dem Bericht des 1. Geschäftsführers auf der Mitgliederversammlung vom 25. April 2009 zu entnehmen war (Mitgliederinformation Nr. 2/2009), ist unsere Geschäftsstelle in diesem April aus dem Dienstgebäude Otto-Braun-Straße 27 in 10178 Berlin (Mitte) in die Gallwitzallee 85 in 12249 Berlin (Lankwitz) umgezogen.

Hier, in der früheren Hausmeisterwohnung im Haus 27 auf dem Gelände der Polizeidirektion 4, standen uns zunächst nur zwei Zimmer sowie die Küche und das Bad zur Verfügung; die übrigen beiden Zimmer waren für einen anderen polizeinahen Verein vorgesehen, der sich jedoch anders entschied. Anfang Juni 2009 bot uns die Berliner Polizei daher auch die übrigen Räume und damit die komplette Erdgeschosswohnung zur kostenfreien Nutzung an. Trotz des desolaten Zustandes auch dieser Räume – allein die Renovierung des bisher genutzten Wohnungsteiles hatte uns gut 1.700 € gekostet – billigte der Geschäftsführende Vorstand auf seiner Sitzung vom 4. Juni 2009 die Annahme dieses Angebots und beschloss dazu am 1. Oktober 2009 die Renovierung der hinzugewonnenen Räumlichkeiten; sie ist nun abgeschlossen und schlug noch einmal mit rund 1.750 € zu Buche.

Die endgültige Nutzungsvereinbarung wird nach der Dezembersitzung des Geschäftsführenden Vorstandes wohl noch in diesem Jahr unterzeichnet. Dann verfügt die ISVK zum ersten Mal in ihrer Vereinsgeschichte über ein „eigenes“ Haus, das wir in der nächsten Ausgabe unserer Mitgliederinformation näher vorstellen werden.

ZUWENDUNGSBESTÄTIGUNGEN FÜR 2009

Die Initiative Schutz vor Kriminalität e.V. ist nach dem letzten Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I Berlin zur Steuernummer 27/668/54312 weiterhin als gemeinnützig anerkannt; Spenden und Mitgliedsbeiträge für unsere ISVK sind also steuerlich abzugfähig.

Die Geschäftsstelle wird allen Mitgliedern, die schon für 2008 eine Zuwendungsbestätigung über ihre Mitgliedsbeiträge erhielten, ohne erneute Anforderung auch für die Beiträge des Jahres 2009 eine Zuwendungsbestätigung übersenden. Wer für 2008 noch keine Zuwendungsbestätigung angefordert hatte, erhält seine Zuwendungsbestätigung für 2009 auf schriftliche Anfrage an die Geschäftsstelle (Anschrift im Impressum), der – sofern sie nicht über das Kontaktformular im Serviceteil unseres Internetauftritts unter www.isvk.de elektronisch an uns gerichtet wird – möglichst wieder ein frankierter Rückumschlag beigefügt sein sollte.